

Bundestagswahl 2013 – Das sagen die Parteien zu unseren Forderungen



Initiative für Transparenz und Demokratie

Kurzübersicht

Die Farben stellen nur grobe Orientierungen dar. Eine ausführlichere Darstellung und Bewertung folgen auf Seite 2 bis 6 für jede Partei einzeln.

Auf Seite 7 findet sich eine kurze Übersicht über die Wahlaussagen einiger kleinerer Parteien (AfD, Freie Wähler, ÖDP, Piraten).

Die Antworten der Parteien im Wortlaut und unsere genauen Fragen finden Sie unter www.lobbycontrol.de/2013/09/wahlpruefsteine-2013/

Partei	Verpflichtendes Lobbyregister	Karenzzeiten für ausscheidende Spitzenpolitiker	Mehr Transparenz und Schranken bei der Parteienfinanzierung	Transparente Nebeneinkünfte	Wirksames Gesetz gegen Abgeordneten-korruption	Fazit
CDU/CSU	Wird abgelehnt	Wird abgelehnt	Wird abgelehnt	Beschlossene 10-Stufen Regelung wird für ausreichend gehalten	Bisher keine eigene Initiative für ein Gesetz	LobbyControl-Forderungen werden abgelehnt
SPD	Wird befürwortet	Karenzzeit wird befürwortet, aber nicht weitgehend genug	Schranken und mehr Transparenz werden befürwortet; bei Parteispenden nur kleine Verbesserungen	Offenlegung auf Euro und Cent wird befürwortet	Eigener Gesetzesentwurf liegt vor	Die SPD unterstützt viele Forderungen von LobbyControl; an einigen Punkten schwächer
FDP	Wird abgelehnt	Regelungsvorschlag besteht, sehr schwach ausgestaltet	Sponsoring soll offen gelegt werden. Mehr Transparenz bei Spenden „nicht erforderlich“, Schranken abgelehnt.	Beschlossene 10-Stufen Regelung wird für ausreichend gehalten	Bisher keine eigene Initiative für ein Gesetz	LobbyControl-Forderungen weitgehend abgelehnt; etwas offener als CDU/CSU
Die Linke	Wird befürwortet	Gesetzliche Karenzzeit wird befürwortet; aber anders ausgestaltet.	Schranken und mehr Transparenz werden befürwortet	Offenlegung auf Euro und Cent wird befürwortet	Eigener Gesetzesentwurf liegt vor	Die Linke teilt die meisten Forderungen von LobbyControl
Bündnis 90/Die Grünen	Wird befürwortet	Karenzzeit wird befürwortet, aber nicht weitgehend genug	Schranken und mehr Transparenz werden befürwortet	Offenlegung auf Euro und Cent wird befürwortet	Eigener Gesetzesentwurf liegt vor	Die Grünen teilt die meisten Forderungen von LobbyControl

Einzelübersicht CDU/ CSU

Die Antworten der Union im Wortlaut unter www.lobbycontrol.de/2013/09/wahlpruefsteine-2013/

Wahlprogramm	Antworten auf unsere Wahlprüfsteine	Kommentar von LobbyControl	Fazit
<p>Im Wahlprogramm von CDU/ CSU finden sich keine Aussagen zu Transparenz und Regulierung des Lobbyismus.</p> <p>Regierungsprogramm der CDU/CSU: http://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/cdu_regierungsprogramm_2013-2017.pdf</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Nach Auffassung der CDU/ CSU besteht mit der freiwilligen Verbändeliste bereits ein Lobbyistenregister. Ein 'verbindliches Lobbyistenregister' bestehe zudem über die 'Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Einsatz von außerhalb des öffentlichen Dienstes Beschäftigten (externen Personen) in der Bundesverwaltung'. • Eine Karenzzeit für politisches Personal lehnen CDU/ CSU ab. • Spenden seien für die Parteienfinanzierung notwendig. Die Transparenzregeln hält die Union für ausreichend, auch die für das Parteisponsoring. • Nebeneinkünfte von Abgeordneten: Die Union weicht den konkreten Fragen nach nötigen Verbesserungen aus. Ihre Antwort formuliert keinen Änderungsbedarf, die Offenlegung in 10 Stufen sei die Grundlage für mehr Transparenz, „ohne das freie Mandat in verfassungsrechtlich unzulässiger Weise einzuschränken“. • Abgeordnetenbestechung: Die Union sei für Korruptionsbekämpfung im Sinne der UN-Konvention gegen Korruption. Die Umsetzung der UN-Konvention sei aber juristisch komplex. Die Gesetzesentwürfe der Opposition seien nicht gelungen. „CDU und CSU werden weiter beraten, wie eine Umsetzung des Übereinkommens erfolgen kann.“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Die von der CDU/CSU angeführte Verbändeliste des Bundestages ist kein Lobbyregister. In ihr sind nur Verbände, nicht aber Unternehmen, Lobbyagenturen und Kanzleien erfasst. Sie enthält keine Informationen über Budgets, Kunden, bearbeitete Themen oder Namen der Lobbyisten. Die Aussage der Union, dass die Eintragung in die Liste die Voraussetzung für die Anhörung der Verbandsvertreter und für die Ausstellung von Hausausweisen sei, ist falsch. Lobbyisten können über die Fraktionen direkt Hausausweise beantragen. Der Bundestag hat zudem bereits 1979 entschieden, dass Verbände nicht in der Liste stehen müssen, um an Anhörungen teilzunehmen (nicht-öffentliche Auslegungsentscheidung des Geschäftsordnungsausschusses 1979). Die von der CDU/CSU als „verbindliches Register“ bezeichnete Offenlegung der Mitarbeit von Externen in Ministerien ist ebenfalls kein Lobbyregister. Sie erfasst nur Lobbyisten, die zeitweise direkt in den Ministerien mitarbeiten (was problematisch ist, aber ein Sonderfall). • Die Ablehnung von Karenzzeiten halten wir für falsch. • Verschiedene Skandale haben in den letzten Jahren die Umgehungsmöglichkeiten bei der Parteienfinanzierung gezeigt. Beim Sponsoring wird weder der genaue Gesamtbetrag offen gelegt noch die Namen der einzelnen Sponsoren. 2010 hatten Angela Merkel und Norbert Lammert (beide CDU) selbst Diskussionsbedarf beim Sponsoring geäußert. Jetzt hält die Union die Regelung wieder für ausreichend. • Bei den Nebeneinkünften weicht die Union den Fragen nach konkreten Transparenzlücken aus. • Abgeordnetenbestechung: Obwohl sie die größte Regierungsfraktion ist, hat die Union in den letzten Jahren keine eigene Initiative zur Umsetzung der UN-Konvention gezeigt. Stattdessen verschleppte sie mit der FDP den Beratungsprozess. 	<p>CDU/ CSU positionieren sich klar gegen Transparenz und Schranken für Lobbyisten. Die Regulierungsvorschläge von LobbyControl halten sie entweder für nicht praktikabel oder für unnötig.</p> <p>Die Nebeneinkünfte sind der einzige Bereich, in dem sich Schwarz-Gelb in den vergangenen vier Jahren unter dem Druck der Steinbrück-Debatte bewegt hat (vgl. auch unseren Lobbyreport 2013 zur schwarz-gelben Regierungszeit). Weitere Verbesserungen strebt die Union allerdings nicht an.</p>

Einzelübersicht SPD

Die Antworten der SPD im Wortlaut unter www.lobbycontrol.de/2013/09/wahlpruefsteine-2013/

Wahlprogramm	Antworten auf unsere Wahlprüfsteine	Kommentar von LobbyControl	Fazit
<p>Im Kapitel zum Thema Demokratie geht das Wahlprogramm auf alle unsere Themen ein (S. 96). Danach schlägt die SPD vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> • ein verpflichtendes Lobbyregister; • einen Verhaltenskodex, nach dem neue Tätigkeiten von ausscheidenden Regierungsmitgliedern durch eine Ethikkommission genehmigt werden müssen; • Parteienfinanzierung: Deckelung von Großspenden auf 100.000 Euro, Parteisponsoring offenlegen; • Nebeneinkünfte: auf Euro und Cent offenlegen; • Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung erweitern; • Einführung einer „legislativen Fußspur“: bei Gesetzen soll offen gelegt werden, wie externe Berater an der Ausarbeitung beteiligt waren; • Über externe Mitarbeiter in Ministerien soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen (Anm.: Die Berichte sind bisher nicht öffentlich). <p>SPD Regierungsprogramm: http://www.spd.de/95466/regierungsprogramm_2013_2017.html</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Die SPD fordert ein verpflichtendes Lobbyistenregister. • Während einer Karenzzeit von 18 Monaten sollen neue Jobs von Ex-Regierungsmitgliedern von einer Ethikkommission genehmigt werden. Vorbild ist der Kodex der EU-Kommission. • Parteienfinanzierung: die SPD will die sofortige Offenlegung von Großspenden ab 25.000 Euro (bisher 50.000 Euro). Außerdem soll es eine Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Jahr für Spenden geben. Das Parteisponsoring soll im Rechenschaftsbericht aufgeführt werden. • Die Nebeneinkünfte von Abgeordneten will die SPD betragsgenau veröffentlichen. Anwälte/Berater sollen die Branchen ihrer Kunden nennen. Bei Vorträgen, die über Redneragenturen gebucht werden, sollen die Auftraggeber offen gelegt werden. • Abgeordnetenkorruption: Die SPD hält eine umfassendere Regelung für dringend erforderlich. Die SPD hat bereits einen Gesetzesentwurf vorgelegt und wird diesen nach der Wahl erneut einbringen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Erfreulich ist das klare Bekenntnis, ein verpflichtendes Lobbyregister schaffen zu wollen. • Positiv ist, dass die SPD eine Karenzzeit einführen will. Allerdings können Regierungsmitglieder auch in dieser Zeit neue Jobs annehmen, wenn die geplante Ethikkommission diese genehmigt. Die Wirksamkeit der Regelung hängt also davon ab, wie strikt diese Kommission die Fälle prüfen wird. Wenn die EU-Regelung übernommen wird, dürften ausscheidende Regierungsmitglieder in diesen 18 Monaten immerhin keine Lobbyarbeit betreiben, die ihren ehemaligen Zuständigkeitsbereich betrifft. Insgesamt wäre der SPD-Vorschlag eine Verbesserung – aber er bleibt hinter den LobbyControl-Forderungen zurück. • Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD mehr Transparenz und eine Obergrenze für Spenden (allerdings doppelt so hoch wie unser Vorschlag). Allerdings soll die Veröffentlichungsschwelle für Großspenden nur halbiert werden. Und zur Absenkung der Veröffentlichungsschwelle in den Rechenschaftsberichten bezieht die SPD keine Stellung. • Bei den Nebeneinkünften unterstützt die SPD unsere Forderungen. • Die SPD hat einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorlegt. Das begrüßen wir. 	<p>Die SPD unterstützt viele Forderungen von LobbyControl.</p> <p>An einzelnen Punkten gibt es aber Abweichungen: Der Vorschlag für Seitenwechsel von Regierungsmitgliedern ist begrenzter. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD eine Obergrenze und die Offenlegung von Sponsoring. Bei den Parteispenden will sie aber nur kleine Transparenzfortschritte.</p>

Einzelübersicht FDP

Die Antworten der FDP im Wortlaut unter www.lobbycontrol.de/2013/09/wahlpruefsteine-2013/

Wahlprogramm	Antworten auf unsere Wahlprüfsteine	Kommentar von LobbyControl	Fazit
<p>Die FDP äußert sich in ihrem Wahlprogramm („Bürgerprogramm“) nur zum Punkt der Korruptionsbekämpfung:</p> <p>„Wir setzen uns ein für eine verfassungskonforme Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption.“ (S. 90)</p> <p>Ansonsten finden sich keine Aussagen zum Thema Transparenz und Lobbyismus.</p> <p>Bürgerprogramm der FDP: http://www.fdp.de/files/565/B_rgerprogramm_A5_Online-Fassung.pdf</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Lobbyregister: Die FDP hält die bestehende Verbändeliste für ausreichend. Die FDP führt an, „eine Anhörung von Verbänden oder die Herausgabe von Hausausweisen“ sei nur zulässig, wenn die Verbände registriert sind. • Karenzzeit: Die FDP schlägt einen Verhaltenskodex vor. Innerhalb von zwei Jahren nach dem Ausscheiden eines Ministers oder Staatssekretärs soll die Aufnahme einer neuen Tätigkeit untersagt werden können, wenn „eine Beeinträchtigung dienstlicher Interessen droht“. • Die geltenden Transparenzregeln bei der Parteienfinanzierung haben sich aus Sicht der FDP bewährt. Eine Absenkung der Veröffentlichungsschwellen wird nicht für erforderlich gehalten. Es gebe aber „keine Bedenken“ gegen eine Absenkung. Eine Begrenzung der Spendensummen lehnt die FDP ab. Beim Sponsoring möchte die FDP einen Sponsoringbericht, in dem die Parteien auflisten, wer zu welcher Gelegenheit und in welchem Umfang gesponsort hat. • Bei den Nebeneinkünften hält die FDP die neue, erweiterte Stufenregelung für ausreichend. Eine betragsgenaue Offenlegung lehnt sie ab. Bei Vorträgen von Abgeordneten, die über Redneragenturen vermittelt werden, will die FDP prüfen, ob es dort „einen entsprechenden Regelungsbedarf gibt“. • Die FDP hält die bisherigen Vorschläge zur Verschärfung des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung verfassungsrechtlich für unzureichend. Man möchte sich aber grundsätzlich für eine „verfassungskonforme Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption“ einsetzen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Die bestehende Verbändeliste ist kein Lobbyregister und ist nicht geeignet, um ein ausreichendes Maß an Transparenz herzustellen (siehe Kommentar zur Position von CDU/CSU). Die Aussage, Hausausweise wären an die Eintragung in die Verbändeliste gebunden, ist falsch. Verbände, Lobbyagenturen und Unternehmen können über die Fraktionen direkt Hausausweise beantragen. Auch müssen Verbände nicht zwangsläufig in der Liste stehen, um an Anhörungen teilzunehmen (nicht-öffentliche Auslegungsentscheidung des Geschäftsordnungsausschusses 1979). • Positiv ist, dass die FDP eine Regelung für die Seitenwechsel von Ministern und Staatssekretären in Erwägung zieht. Allerdings ist der Vorschlag sehr weich und seine Wirksamkeit fraglich. • Es ist bedauerlich, dass die FDP keine Notwendigkeit sieht, bei der Parteienfinanzierung für mehr Transparenz zu sorgen. Gleichzeitig geht aus der Antwort hervor, dass mehr Transparenz zumindest nicht abgelehnt wird. De facto hat Schwarz-Gelb in der vergangenen Legislaturperiode aber die Förderung der Staatengruppe gegen Korruption des Europarats abgelehnt, die Schwellen abzusenken. Positiv ist dagegen der vorgeschlagene Sponsoringbericht. • Wir begrüßen zwar die neuen Regeln für Nebeneinkünfte ab der nächsten Legislaturperiode, halten diese dennoch für nicht ausreichend. Die FDP setzt sich nicht für die Schließung weiterer bestehender Transparenzlücken ein. • Abgeordnetenbestechung: In der vergangenen Legislaturperiode hat die FDP keine Initiative gezeigt, die verfassungsrechtlichen Fragestellungen im Zusammenhang mit der UN-Konvention gegen Korruption aktiv anzugehen. Zusammen mit der Union hat die FDP dazu beigetragen, die Beratung verschiedener Gesetzesentwürfe zu verschleppen. 	<p>Die FDP hält die meisten Vorschläge für mehr Transparenz und Schranken für Lobbyisten für unnötig oder nicht praktikabel. In einigen Bereichen, wie der Parteienfinanzierung scheint die FDP Verbesserungen nicht vollständig ablehnend gegenüber zu stehen. Dies spiegelte sich aber in den vergangenen vier Jahren nicht in eigenen politischen Initiativen wider. Wir begrüßen die Forderung der FDP nach einem Sponsoringbericht.</p> <p>Die Nebeneinkünfte sind der einzige Bereich, in dem sich Schwarz-Gelb in den vergangenen vier Jahren unter dem Druck der Steinbrück-Debatte bewegt hat. Weitere Verbesserungen strebt die FDP, mit einer eventuellen Ausnahme bei den Redneragenturen, nicht an.</p>

Einzelübersicht Die Linke

Die Antworten der Linken im Wortlaut unter www.lobbycontrol.de/2013/09/wahlpruefsteine-2013/

Wahlprogramm	Antworten auf unsere Wahlprüfsteine	Kommentar von LobbyControl	Fazit
<p>Die Linke geht im Kapitel V ihres Wahlprogramms auf alle angesprochenen Themen ein. Die Linke schlägt dort vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> • ein verpflichtendes Lobbyregister; • eine Karenzzeit für Minister und Staatssekretäre von 5 Jahren, in der nach dem Ausscheiden aus dem Amt keine Tätigkeit in Unternehmen aufgenommen werden darf, mit „deren wirtschaftlichen Interessen sie vorher befasst waren“; • zur Parteienfinanzierung wird im Wahlprogramm lediglich das Sponsoring erwähnt, das kein „Mittel der Einflussnahme“ sein solle. Forderungen zu Parteispenden finden sich nicht; • eine Offenlegung von Nebeneinkünften auf Euro und Cent sowie ein Verbot für Abgeordnete, bei Unternehmen oder Lobbyorganisationen zu arbeiten; • Abgeordnetenbestechung stärker unter Strafe zu stellen; • ein Beschäftigungsverbot für Lobbyisten in Bundesministerien. <p>Wahlprogramm der Linken: http://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2013/bundestagswahlprogramm/bundestagswahlprogramm2013_langfassung.pdf</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Die Linke fordert ein verpflichtendes Lobbyregister. • Während einer gesetzlichen Karenzzeit von 5 Jahren soll für Minister und Staatssekretäre kein Wechsel in große Unternehmen möglich sein, „für die die Zuständigkeit des betreffenden Bundesministeriums bestand“. • Parteienfinanzierung: Die Linke fordert eine umgehende Veröffentlichung von Parteispenden ab 10.000 Euro (derzeit 50.000). Gegen eine Veröffentlichung von Spenden ab 2.000 Euro in den Rechenschaftsberichten würde sich die Partei nicht stellen, gibt aber zu bedenken, dass dies zu mehr Unübersichtlichkeit führen würde. Zudem fordert die Partei eine Begrenzung von Spenden natürlicher Personen auf 25.000 Euro pro Spender, Partei und Jahr. Verbände und Unternehmen sollen nicht mehr spenden dürfen. Sponsoring soll ebenfalls untersagt werden. • Nebeneinkünfte von Abgeordneten: Die Linke fordert eine Offenlegung auf Euro und Cent. Anwälte/Berater sollen die Branchen ihrer Kunden nennen. Bei Vorträgen, die über Redneragenturen gebucht werden, sollen die Auftraggeber offengelegt werden. • Abgeordnetenbestechung: Die Linke fordert eine Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption. Sie hat in der vergangenen Legislaturperiode einen eigenen Gesetzentwurf dazu eingebracht (Bundestagsdrucksache 17/1412) und kündigt an, dies auch künftig zu tun. 	<ul style="list-style-type: none"> • Das klare Bekenntnis, ein verpflichtendes Lobbyregister schaffen zu wollen, ist erfreulich. • Begrüßenswert ist ebenfalls, dass die Linke eine Karenzzeit für Minister und parlamentarische Staatssekretäre einführen möchte. Allerdings halten wir es für nicht zielführend, die Karenzzeit auf Tätigkeiten in „großen Unternehmen“ zu begrenzen und auch nur dann anzuwenden, wenn das Unternehmen im Zuständigkeitsbereich des betreffenden Ministeriums anzusiedeln ist. Verbände oder Lobbyagenturen wären davon etwa nicht betroffen. Dort wäre Lobbyarbeit nach dem Ausscheiden aus dem Amt weiterhin möglich. Auch bleibt unklar, wann genau ein Unternehmen unter die Zuständigkeit eines bestimmten Ministeriums fällt. • Die Forderungen zur Parteienfinanzierung gehen insofern über unsere Forderungen hinaus, als dass die Linke Spenden und Sponsoring von Unternehmen und Verbänden ganz verbieten möchte. Wir setzen uns für Obergrenzen und zugleich mehr Transparenz ein, da so Geldströme sichtbar werden und die Gefahr von Umgehungsstrategien sinkt. Mehr dazu: https://www.lobbycontrol.de/2010/04/partei-sponsoring-wir-setzen-auf-eine-kritische-offentlichkeit-ein-debattenbeitrag/ Die Forderungen der Linken zu mehr Transparenz bei den Spenden begrüßen wir. Wir sind allerdings nicht der Auffassung, dass im Zeitalter elektronischer Datenverarbeitung eine große Zahl an veröffentlichten Spenden zu Intransparenz führen kann. • Bei den Nebentätigkeiten und Einkünften unterstützt die Linke unsere Forderungen. • Die Linke hat sich für eine Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption eingesetzt und einen weitreichenden Gesetzesentwurf vorgelegt. Das begrüßen wir. 	<p>Die Linke teilt die meisten Forderungen von LobbyControl.</p> <p>Bei der Parteienfinanzierung sind sich die Linke und LobbyControl einig, dass die Gefahr des einseitigen Einflusses finanzstarker Spender/innen und Sponsoren minimiert werden muss. Hier gibt es allerdings unterschiedliche Vorstellungen über den richtigen Ansatz dazu.</p> <p>Ähnlich sieht es bei den Karenzzeiten für Spitzenpolitiker aus. Hier setzt die Linke andere Schwerpunkte.</p>

Einzelübersicht Bündnis 90/ Die Grünen

Die Antworten der Grünen im Wortlaut unter www.lobbycontrol.de/2013/09/wahlpruefsteine-2013/

Wahlprogramm	Antworten auf unsere Wahlprüfsteine	Kommentar von LobbyControl	Fazit
<p>B90/Die Grünen gehen in ihrem Wahlprogramm im Kapitel M „Demokratie erneuern“ (ab S. 204) auf alle von uns angesprochenen Forderungen ein. Die Grünen schlagen vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> • ein verpflichtendes Lobbyregister; • für ausscheidende Regierungsmitglieder und „Führungspersonal in Ministerien“ soll eine Karenzzeit eingeführt werden, während der „keine Lobbyarbeit auf dem gleichen Feld“ ausgeübt werden darf; • bei der Parteienfinanzierung wollen die Grünen „mehr Transparenz und schärfere Regeln“; • die „Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten“ sollen „verbessert“ werden; • Abgeordnetenbestechung soll „konsequent“ unter Strafe gestellt werden; • Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien soll beendet werden. <p>Wahlprogramm der Grünen http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Wahlprogramm/Wahlprogramm-barrierefrei.pdf</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Die Grünen fordern ein verpflichtendes Lobbyregister. • Während einer Karenzzeit von 3 Jahren soll für Minister und Staatssekretäre die Aufnahme neuer Tätigkeiten genehmigungspflichtig sein. Bei „Interessenkollisionen“ soll die Genehmigung versagt werden. • Parteienfinanzierung: Die Grünen wollen Spenden von Verbänden und Unternehmen vollständig verbieten und die Spenden natürlicher Personen auf 100.000 Euro pro Jahr deckeln. Sponsoring soll transparenter werden, und es soll sichergestellt werden, dass Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis stehen. • Nebeneinkünfte von Abgeordneten: Die Grünen fordern eine Offenlegung der Nebeneinkünfte auf Euro und Cent. Anwälte/Berater sollen zumindest die Branche veröffentlichen, aus der Klienten stammen. Wenn Vorträge über Redneragenturen vermittelt werden, wollen die Grünen zumindest den Ort der Veranstaltung offenlegen. • Abgeordnetenbestechung: Die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption wird angestrebt. Die Grünen suchen hier einen fraktionsübergreifenden Kompromiss und verweisen inhaltlich auf ihren Gesetzesentwurf zum Thema (Bundestagsdrucksache 17/5933) 	<ul style="list-style-type: none"> • Erfreulich ist das klare Bekenntnis für ein verpflichtendes Lobbyregister. • Der Vorschlag der Grünen für eine Karenzzeit wäre eine deutliche Verbesserung gegenüber dem status quo. Er bleibt aber hinter der LobbyControl-Forderung zurück, da nur Lobbyarbeit „auf dem gleichen Feld“ untersagt sein soll. Zudem fällt auf, dass die jeweiligen Vorschläge im Wahlprogramm, in der Antwort auf unsere Fragen und in den Anträgen im Bundestag voneinander abweichen. Das macht die grüne Position zu einer Karenzzeit etwas unklar. • Bei der Parteienfinanzierung ist begrüßenswert, dass die Grünen die Schwellen für die Veröffentlichung von Parteispenden absenken und auch beim Sponsoring mehr Transparenz herstellen wollen. Nicht ganz klar wird, auf welchen Betrag die Schwellen herabgesetzt werden sollen. In einem Antrag von 2010 war von 25.000 Euro für die sofortige Veröffentlichung die Rede (Bundestagsdrucksache 17/547). Die Obergrenzen bei den Spenden natürlicher Personen sind ebenfalls positiv. Wir teilen allerdings nicht den Ansatz der Grünen, Parteispenden von Unternehmen und Verbänden vollständig zu verbieten (siehe Kommentar bei der Linken). • Bei den Nebentätigkeiten und -einkünften unterstützen die Grünen unsere Forderungen, wobei bei Vorträgen, die über Redneragenturen vermittelt werden, die Veröffentlichung des Veranstaltungsorts nicht ausreicht. • Die Grünen haben einen eigenen Gesetzesentwurf zur Abgeordnetenbestechung vorlegt und streben eine Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption an. Das begrüßen wir. 	<p>Die Grünen teilen die meisten Forderungen von LobbyControl.</p> <p>Wie bei der Linken gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie bei der Parteienfinanzierung die Einflussnahme finanzstarker Interessen minimiert werden kann.</p> <p>Die Vorschläge zur Karenzzeit könnten konkreter und weitreichender sein.</p>

Übersicht: Wahlaussagen kleiner Parteien zum Thema Lobbyismus

Anmerkung: Die Seitenzahlen beziehen sich auf die Zitate im Bundestagswahlprogramm.

Partei und Wahlprogramm	Verpflichtendes Lobbyregister	Karenzzeiten für ausscheidende Spitzenpolitiker	Transparente Nebeneinkünfte	Mehr Transparenz und Schranken bei der Parteienfinanzierung	Wirksames Gesetz gegen Abgeordnetenkorruption
Alternative für Deutschland (AfD) www.alternativefuer.de/partei/wahlprogramm/	Keine Aussage im Wahlprogramm	Keine Aussage im Wahlprogramm	Das Mandat „darf nicht unter bezahlten Nebentätigkeiten leiden.“ (S. 2)	Keine Aussage im Wahlprogramm	Keine Aussage im Wahlprogramm
Freie Wähler (FW) www.freiewaehler.eu/startseite/	Einführung eines Lobbyregisters	Keine Aussage im Wahlprogramm	Keine Aussage im Wahlprogramm	Obergrenzen für Parteispenden und -sponsoring auf 20.000 Euro für Unternehmen und Verbände und auf 50.000 Euro für Einzelpersonen	Ratifizierung der UN-Konvention, Verschärfung des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung
Ökologisch-Demokratische Partei (ödp) http://wahlen.oedp.de/wahlprogramme/bundesprogramm/top-gruende/	Keine Aussage im Wahlprogramm	Keine Aussage im Wahlprogramm	<ul style="list-style-type: none"> • Offenlegung der Nebeneinkünfte • Verbot von bezahlten Aufsichtsratsposten, Beraterverträgen und ähnlichen Verpflichtungen „in der Wirtschaft“ (S. 55) • keine Funktionen in Unternehmen und Verbänden, außer bei Weiterführung der bisherigen beruflichen Tätigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Verbot von Spenden von Unternehmen und „Großorganisationen“ • Obergrenze von 10.000 Euro • Offenlegung aller Parteieinnahmen (auch Sponsoring) ab 500 Euro in den Rechenschaftsberichten 	Verschärfung des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung
Piratenpartei www.piratenpartei.de/politik/wahl-und-grundsatzprogramme/wahlprogramm-btw13/	Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters	Karenzzeit von ein bis drei Jahren	<ul style="list-style-type: none"> • Offenlegung auf Euro und Cent • bei Rechtsanwälten: Offenlegung der Branchen der Mandanten • Beschränkung der Anzahl der Funktionen in Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräten oder sonstigen Gremien 	Offenlegung von Parteispensoring	Ratifizierung der UN-Konvention, Verschärfung des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung

Impressum

Diese Übersicht ist eine eigenständige Untersuchung von LobbyControl. LobbyControl ist ein gemeinnütziger Verein, der über Lobbyismus und Machtstrukturen in Deutschland und der EU aufklärt. Wir liefern aktuelle Recherchen und Hintergrundanalysen. Mit Kampagnen und Aktionen machen wir Druck für politische Veränderung. LobbyControl setzt sich ein für eine lebendige und transparente Demokratie.

LobbyControl - Initiative für Transparenz und Demokratie e.V.
Friedrichstr. 63, 50676 Köln
Tel: 0221/ 169 65 07, Fax: 0221/ 169 22 660
kontakt@lobbycontrol.de
www.lobbycontrol.de

Bleiben Sie mit uns in Kontakt:

- unter www.lobbycontrol.de unseren Newsletter abonnieren
- über Facebook, twitter oder google+ auf dem Laufenden bleiben

Unterstützen Sie unsere Arbeit!

Der Lobbyismus hat es dringend nötig, dass ihm jemand auf die Finger schaut. Unterstützen Sie uns dabei! Mit einer Spende von 10 €, 20 € oder 50 € helfen Sie uns, die unabhängige Arbeit von LobbyControl zu sichern. Als gemeinnütziger Verein können wir Ihnen für Ihre Spende natürlich eine steuerabzugsfähige Spendenbescheinigung ausstellen.

Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, BLZ: 37020500 - Konto: 8046200

Online Spende: www.lobbycontrol.de/spenden

Sie können auch Fördermitglied von LobbyControl werden: www.lobbycontrol.de/foerdermitglied .

Oder schreiben Sie uns – wir schicken Ihnen gerne die nötigen Unterlagen.

Wir finanzieren uns durch Mitgliedsbeiträge und Spenden von Privatpersonen sowie Stiftungsgelder, u.a. von der BonVenture und der Bewegungsstiftung. Wir nehmen keine Spenden von Unternehmen an.

Genauere Informationen zu unserer Finanzierung finden Sie unter <http://www.lobbycontrol.de/initiative/unsere-finanzierung/> .

Lizenz für diese Publikation:

CC BY-NC-ND 3.0 DE:



<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>